

OECD Beschwerde gegen Bayers Agrarmodell in Lateinamerika

Q&A zum rechtlichen Hintergrund

1. Worum geht es in dem Fall und warum ist er relevant?

Wir reichen in Deutschland eine OECD-Beschwerde gegen Bayer wegen der Verletzung der OECD-Leitsätze in zwei wesentlichen Punkten im Zusammenhang mit dem Geschäft mit gentechnisch verändertem Sojasaatgut und Glyphosat in Argentinien, Bolivien, Brasilien und Paraguay ein: (1) Der Beitrag des Unternehmens zur Verletzung der Rechte auf eine gesunde Umwelt, Gesundheit, Nahrung und Land; (2) die unzureichende Umsetzung von Bayer's menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflicht in der nachgelagerten Wertschöpfungskette dieser Produkte.

Zum ersten Mal zeigen sechs Organisationen, vier aus Lateinamerika und zwei aus Deutschland, die regionalen Auswirkungen der industriellen Soja-Landwirtschaft in Südamerika auf und gehen gemeinsam gegen die Bayer AG vor. Zwar hat jedes Land seine spezifischen Probleme, aber die Dimensionen sind regional und die Ursache ist dieselbe: der landintensive Anbau von Sojabohnen und Pestiziden auf Glyphosatbasis, die von Bayer in diesen Ländern seit Jahrzehnten in großem Umfang vermarktet werden.

Während die weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln effiziente Agrarmodelle erfordert, sollten transnationale Unternehmen, die in diesem Sektor tätig sind, sicherstellen, dass diese Modelle eine Menschenrechtsperspektive einschließen und für die Umwelt nachhaltig sind. Die Nahrungsmittelproduktion – in diesem Fall der Anbau von Soja, das häufig als Tierfutter verwendet wird – darf nicht auf Kosten indigener, bäuerlicher und anderer marginalisierter Gruppen gedeckt werden.

2. Warum sind der Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen und die Verwendung von Glyphosat in Lateinamerika ein so großes Problem?

Das derzeitige agrarindustrielle Modell für den Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen ist aufgrund der Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt für die in der Nähe der Sojaplantagen lebenden Gemeinschaften, insbesondere für indigene und bäuerliche Gemeinschaften, aber auch für städtische Nachbarschaften, höchst problematisch. Diese Auswirkungen sind weit verbreitet, da Argentinien und Brasilien zu den drei größten Sojaproduzenten der Welt gehören, während Paraguay und Bolivien unter den zehn größten Produzenten sind.

Die Situation ist das Ergebnis der Einführung des gentechnisch veränderten, glyphosatresistenten Sojasaatguts von Monsanto (heute Bayer) Mitte der 1990er Jahre, die zu einem drastischen Anstieg der landwirtschaftlichen Nutzfläche für den Sojaanbau in der Region führte. Der Markt ist so stark gewachsen, dass gentechnisch veränderte Sojabohnen heute durchschnittlich mehr als 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in diesen Ländern einnehmen. Im Umkehrschluss hat der Einsatz von Pestiziden auf Glyphosatbasis in allen Ländern zugenommen, wobei Bayer, insbesondere seit der Fusion mit Monsanto im Jahr 2018, eine bedeutende Position auf diesem Markt einnimmt.

In diesem Zusammenhang zeigt unsere Beschwerde die negativen Auswirkungen eines solchen Modells auf die Umwelt und die Menschenrechte auf und hebt die Rolle von Bayer in dieser Situation hervor.

3. Welche negativen Auswirkungen hat der Einsatz von gentechnisch verändertem Sojasaatgut und Pestiziden auf Glyphosatbasis auf die lokalen Gemeinschaften (in Südamerika)?

Die Auswirkungen vor Ort reichen von sozio-territorialen Konflikten mit lokalen (indigenen und bäuerlichen) Gemeinschaften, extremer Abholzung, Wasserverschmutzung und Verstößen gegen das Recht auf Gesundheit, Nahrung, Land und eine gesunde Umwelt.

Sozio-territoriale Konflikte und das Recht auf Land

Die Hauptanbauggebiete für GV-Soja in Brasilien, Paraguay, Bolivien und Argentinien sind von sozio-territorialen Konflikten um Landrechte betroffen, die zu Landenteignungen, illegalen Vertreibungen, bewaffneten Angriffen, Vergiftungen durch illegales Sprühen von Pestiziden und der Kriminalisierung indigener, bäuerlicher und ländlicher Gemeinschaften durch die Sojaproduzenten

führen. Die großen Sojaproduzenten haben einige dieser Taktiken angewandt, um Land zu gewinnen und ihre Sojaplantagen zu vergrößern.

In der Region gibt es viele Beispiele für solche Konflikte. Die indigenen Ava-Guaraní-Gemeinschaften im Süden Brasiliens wurden beispielsweise Zeugen des Einsatzes von Pestiziden als chemische Waffe. Große Getreideproduzenten sprühen absichtlich Pestizide auf indigene Territorien, um diese im Rahmen des Kampfs um Anerkennung ihrer Territorien einzuschüchtern und zu schädigen. In Paraguay wird die bäuerliche Gemeinschaft in der „Colonia Yvypé“ von den Sojaproduzenten fälschlicherweise der Landübernahme beschuldigt, was zu juristischer Strafverfolgung und Inhaftierung von Gemeindemitgliedern führt, die das ihnen rechtmäßig zustehende Land verteidigen.

Indigene Bevölkerungsgruppen und bäuerliche Gemeinschaften haben eine traditionelle und spirituelle Beziehung zu ihrem Land. Sie brauchen ausreichend Land, um diese Beziehungen und ihre Traditionen, die Ausdruck ihres Rechts auf Leben und Selbstbestimmung sind, zu erhalten. Der Agrarsektor im Allgemeinen und insbesondere der Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen haben starken Druck auf diese Gemeinschaften und ihre Gebiete ausgeübt, von denen die meisten heute von großen Sojaplantagen umgeben sind. Dies hat zur Folge, dass das Recht der Gemeinschaften auf Land beeinträchtigt wird: Sie müssen mit Gebieten auskommen, die zu klein oder zu verschmutzt sind, um ihre traditionelle Lebensweise würdig und respektvoll fortzusetzen.

Umweltschäden und Verstöße gegen das Recht auf eine gesunde Umwelt

Da der Anbau von Soja mit erheblichen Risiken für die Umwelt, insbesondere der Abholzung von Wäldern, verbunden ist, gilt es als „Risikoprodukt“. Die Abholzung von Wäldern ist eine der größten Auswirkungen des Anbaus von GV-Soja, da Wälder abgeholzt werden, um Platz für großflächige GV-Sojaplantagen zu schaffen. Derzeit ist der Sojaanbau die zweitgrößte Ursache für die Abholzung der tropischen Wälder in der Welt. Zu den Ökosystemen in den Regionen der vier Länder gehören der Amazonas, der Cerrado, der Atlantische Regenwald, der Chaco und die Chiquitanía, die eine enorme biologische Vielfalt und Kohlenstoffreserven aufweisen. Sie sind daher von globaler Bedeutung, da sie eine wesentliche Rolle bei der Verhinderung und Eindämmung des Klimawandels sowie bei der Erhaltung der Wälder und der Artenvielfalt spielen. In Brasilien und Bolivien beispielsweise ist der Verlust an Primärwäldern weltweit mit am höchsten. Insbesondere in der Region Santa Cruz de la Sierra in Bolivien steht der Sojaanbau in direktem Zusammenhang mit der Abholzung der Wälder in diesem Gebiet. Zwar wurden einige Maßnahmen ergriffen, um den Amazonas vor der Abholzung im Zusammenhang mit Soja zu schützen, doch hatten diese den

negativen Effekt, dass die Abholzung in anderen regionalen Ökosystemen zunahm.

Darüber hinaus hat der unterschiedslose Einsatz von Glyphosat auf Feldern, die an indigene, bäuerliche und in städtische Randgebieten lebende Gemeinschaften grenzen, erhebliche und unmittelbare Auswirkungen auf deren Umwelt und damit auf ihr Recht auf eine gesunde Umwelt. Dazu gehören die Verschmutzung von Wasserquellen wie Gemeinschaftsbrunnen oder lokalen Flüssen sowie die Zerstörung von Subsistenzkulturen und verbleibenden Waldgebieten, was zu einem Rückgang der Artenvielfalt und negativen Auswirkungen auf die lokale Tierwelt führt. In Pergamino, Argentinien, grenzt die Nachbarschaft von Villa Alicia an Sojafelder, auf denen Glyphosat unkontrolliert versprüht wurde. Mehrere Studien haben eine starke Wasserverschmutzung in dem Gebiet festgestellt, so dass das Wasser für den menschlichen Verzehr nicht mehr geeignet ist.

Verstöße gegen das Recht auf Nahrung und Gesundheit

Auch das Recht auf Nahrung, d. h. der Zugang zu und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, wird durch die ständige Ausweitung der landwirtschaftlichen Grenzen direkt beeinträchtigt. Die Nutzung großer Flächen für den Sojaohnenanbau führt zu einer erheblichen Einschränkung der Quantität und Qualität der Nahrungsmittel. Der unkontrollierte Einsatz von Glyphosat ohne Rücksicht auf Pufferzonen hat die Subsistenzkulturen der umliegenden Gemeinden zerstört oder sie daran gehindert, Landwirtschaft in kleinem Umfang zu betreiben. Diese Praxis beeinträchtigt ihr Recht auf Selbstbestimmung über ihre Ernährungssysteme und gefährdet die Ernährungssouveränität heutiger und künftiger Generationen.

Der exzessive und zu häufige Einsatz von Pestiziden, oft nur wenige Meter von den Häusern der lokalen Gemeinschaften entfernt, hat zu schweren Vergiftungen, chronischen Krankheiten und Todesfällen geführt. Die Bewohnenden dieser Gemeinden haben über schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen berichtet, darunter Schlaganfälle, Krebs, Atemwegserkrankungen, Knochenerkrankungen und Zysten, Lymphknotenwucherungen sowie Erkrankungen der Halswirbelsäule und des Ischiasnervs. Zu den weniger schwerwiegenden Erkrankungen gehören Durchfall, Erbrechen, Hautreizungen und -schäden sowie Kopfschmerzen, die Berichten zufolge unmittelbar nach dem Sprühen von Pestiziden auftreten. Von diesen Erkrankungen sind besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Kinder, schwangere Frauen und ältere Menschen betroffen.

4. Wie ist der transnationale Konzern Bayer AG involviert?

Nach der Fusion mit Monsanto im Jahr 2018 hat sich Bayer mit seinem Geschäftsbereich "Crop Science" als eines der führenden Agrochemieunternehmen in Südamerika positioniert. Das in Deutschland ansässige Unternehmen vertreibt seine Crop-Science-Produkte in Argentinien, Brasilien, Bolivien und Paraguay über mehrere Tochtergesellschaften und Produktionsstätten. Bayer fördert industrielle Monokulturen, eine Art der Landwirtschaft, die große Felder und einen intensiven Einsatz von Pestiziden erfordert. Diese Art der Landwirtschaft basiert auf dem so genannten "Technologiepaket", das aus einem Bündel von Pestiziden auf Glyphosatbasis und dagegen resistentem GV-Sojasaatgut besteht und in allen vier Ländern weit verbreitet ist. In der Tat war das Saatgut von Monsanto das erste gentechnisch veränderte Sojasaatgut, das zugelassen wurde, und in Paraguay und Bolivien blieb es über Jahre hinweg das einzige gentechnisch veränderte Saatgut. Bis heute ist das Unternehmen Marktführer bei der Entwicklung und Zulassung von GV-Sojasaatgut.

Bayer nimmt auch auf dem Markt für Pestizide auf Glyphosatbasis eine bedeutende Position ein. Das Unternehmen produziert Herbizide auf Glyphosatbasis in den Monsanto-Werken in Zárate (Argentinien) und Rojas (Argentinien). Anschließend verkauft, vertreibt und exportiert das Unternehmen diese Produkte nach Uruguay, Bolivien und Paraguay. Bayer verfügt über zwei weitere Produktionsanlagen in Brasilien, in denen die Rohstoffe für das Herbizid "Roundup" auf Glyphosatbasis hauptsächlich für den Inlandsmarkt hergestellt werden.

Sowohl bei Saatgut als auch bei Pestiziden ist Bayer in der gesamten Wertschöpfungskette stark vertreten. Das Unternehmen ist an jeder Stufe der Produktion und des Vertriebs von Sojasaatgut beteiligt, entweder durch den Besitz von Züchtungsbetrieben oder durch kommerzielle Lizenzvereinbarungen. Ebenso hat das Unternehmen Lizenzen für den Vertrieb von Pestiziden vergeben, manchmal sogar exklusiv, und wirbt auf lokalen Messen und im Rahmen von Förderprogrammen, die sich sowohl an größere als auch an kleinere Händler richten, für seinen chemieintensiven Sojaanbau.

Trotz seiner starken Marktpräsenz in der Region berücksichtigt Bayer im Rahmen der Umsetzung seiner menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflicht die potenziellen und tatsächlichen negativen Auswirkungen des Geschäfts mit GV-Soja und Pestiziden in den vier Ländern derzeit nur ungenügend.

5. Was fordern die betroffenen Gemeinschaften?

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche die Beschwerde eingereicht haben, arbeiten in ihren Ländern seit Jahren mit lokalen Gemeinschaften zusammen, die von dem von Bayer geförderten und umgesetzten Agrarmodell betroffen sind. In Interviews mit der lokalen Bevölkerung haben sie ihre Sicht der Dinge und ihre Forderungen nach einem Agrarmodell, das ihre Rechte, ihr Land und ihre Traditionen respektiert, dargelegt. Für die indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften auf dem Land bedeutet dies in erster Linie, dass ihr traditionelles Land respektiert werden muss, um ihren Zugang zu Nahrungsmitteln und eine saubere Umwelt zu gewährleisten. Für die städtischen Gemeinden ist es von größter Bedeutung, nicht giftigen Pestiziden ausgesetzt zu sein und die Verschmutzung der örtlichen Wasserquellen zu verhindern. In der Beschwerde wird argumentiert, dass Bayer seiner unternehmerischen Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte und der Umwelt gerecht werden und seine Geschäftspraktiken und Sorgfaltspflichten anpassen sollte, um künftige Auswirkungen zu verhindern und bereits eingetretene Auswirkungen abzumildern.

6. Was ist eine OECD-Beschwerde?

Eine OECD-Beschwerde ist ein Mechanismus zur Förderung eines verantwortungsvollen Verhaltens multinationaler Unternehmen im Rahmen der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (die "Leitsätze"). Eines der Hauptziele einer OECD-Beschwerde ist es, Missstände im Zusammenhang mit der Tätigkeit multinationaler Unternehmen zu adressieren. Mit einer Beschwerde können interessierte Parteien unter anderem geltend machen, dass Unternehmen gegen die Leitsätze verstoßen, indem sie zu Menschenrechtsverletzungen beitragen und/oder es versäumen, im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit eine angemessene Sorgfaltspflicht in Bezug auf Umwelt und Menschenrechte zu erfüllen. Beschwerden können bei der Nationalen Kontaktstelle (NKS) des Landes eingereicht werden, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat - in diesem Fall Deutschland - oder in dem es geschäftlich tätig ist. Die NKS kann keine Sanktionen verhängen, aber sie kann einen Dialog zwischen den Parteien – d. h. dem/den Beschwerdeführer(n) und dem multinationalen Unternehmen, dem ein Verstoß gegen die OECD-Leitsätze vorgeworfen wird – herstellen, um im Rahmen einer Mediation eine Lösung für die Probleme zu finden. Wird im Rahmen eines solchen Dialogs keine Einigung erzielt, kann die NKS einen Abschlussbericht erstellen, in dem das Verhalten des Unternehmens analysiert und Empfehlungen für Verbesserungen ausgesprochen werden können.

7. Warum haben wir uns entschlossen, eine Beschwerde bei der OECD einzureichen, und was wollen wir damit erreichen?

In der Beschwerde wird argumentiert, dass die Handlungen und Unterlassungen der Bayer AG gegen die Leitsätze verstoßen, insbesondere die konzerninternen Richtlinien des Unternehmens und seine Aktivitäten in den vier lateinamerikanischen Ländern. Die derzeitige Gestaltung und Umsetzung der Unternehmensrichtlinien zur menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflicht ist unzureichend, um die mit dem Anbau von gentechnisch veränderten Soja und dem Einsatz von Glyphosat in Südamerika verbundenen Risiken angemessen zu identifizieren, zu priorisieren, zu verhindern und abzumildern. Infolge dieser Geschäftspraktiken kommen wir zum Ergebnis, dass Bayer zur Verletzung der Rechte auf eine gesunde Umwelt, Gesundheit, Nahrung und Land beiträgt.

In der Beschwerde fordern wir, dass Bayer sein Geschäftsmodell und seine Aktivitäten in Südamerika so anpasst, dass die Menschenrechte von Gemeinden und Einzelpersonen sowie die Umwelt in der Region respektiert werden. Der erste Schritt ist die Stärkung der Sorgfaltspflicht in der nachgelagerten Wertschöpfungskette, d. h. in den Phasen des Lebenszyklus eines Produkts, die nach seiner Herstellung liegen. Dazu sollte Bayer die spezifischen, auf den Agrarsektor zugeschnittenen Vorgaben zur Sorgfaltspflicht umsetzen, wie sie insbesondere in den OECD-FAO-Leitlinien für verantwortungsvolle landwirtschaftliche Lieferketten und im OECD-FAO-Handbuch zur Entwaldung dargelegt sind. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen sollte Bayer eine verstärkte Sorgfaltsprüfung durchführen, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Aspekte im Zusammenhang mit dem Geschäft mit gentechnisch veränderten Soja und Pestiziden, wie z. B. das "Technologiepaket", Gebiete mit intensivem Sojaanbau und bestimmte Geschäftspartner, als „red flags“ (mit hohem Risiko für die Menschenrechte und die Umwelt verbunden) identifiziert werden sollten.

Wir erwarten, dass die Mediation zu einer Änderung des Verhaltens und der Unternehmenspolitik von Bayer in diesem Bereich führt, was sich positiv auf die Regionen der vier von dieser Beschwerde betroffenen Länder und die Gemeinden auswirken wird.

8. Wer sind die Beschwerdeführer, und welche Menschenrechtsorganisationen sind beteiligt?

Bei den Beschwerdeführern handelt es sich um eine Koalition von Menschenrechts- und Umweltorganisationen in fünf Ländern (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Paraguay und Deutschland), namentlich CELS, Terra de

Direitos, BASE-IS, Fundacion Tierra, Misereor und ECCHR. Die Gemeinschaften oder Interessensgebiete, auf die in dieser Beschwerde Bezug genommen wird, werden als konkrete Fälle dargestellt, die als Beispiele für ein weiter verbreitetes Problem dienen, aber nicht direkt als Beschwerdeführer beteiligt sind.

Partner Organisationen:

[CELS \(Argentinien\)](#)

Das Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS) ist eine bedeutende Menschenrechtsorganisation, die sich für den Schutz und die Durchsetzung von Rechten, Gerechtigkeit und sozialer Integration einsetzt. CELS befasst sich seit etwa zwei Jahrzehnten mit den Auswirkungen auf die Rechte ländlicher Gemeinschaften, insbesondere indigener und bäuerlicher Gemeinschaften. Ihre ersten Aktionen konzentrierten sich speziell auf die Intervention bei Landkonflikten zwischen bäuerlichen und/oder indigenen Gemeinschaften und landwirtschaftlichen Unternehmern, vor allem durch Gerichtsverfahren auf nationaler und internationaler Ebene und durch technische Unterstützung auf lokaler Ebene.

[Terra de Direitos \(Brasilien\)](#)

Terra de Direitos nutzt das öffentliche Recht, um das Recht auf freie Nutzung und Zugang zur biologischen Vielfalt in Brasilien zu verteidigen, insbesondere zum Schutz der Menschen, die in ländlichen Gebieten, an Flüssen und in Wäldern leben. Zusammen mit der „Permanent Campaign Against Pesticides“ bringt sie mehr als hundert soziale Bewegungen, Gewerkschaften, soziale Organisationen und Forschungseinrichtungen zusammen.

[BASE-IS \(Paraguay\)](#)

Die Organisation BASE Investigaciones Sociales (BASE-IS) ist ein Think Tank, der sich mit der Erforschung und Analyse der ländlichen Realität in Paraguay beschäftigt. Ihre Forschungen konzentrieren sich vor allem auf die Beziehung zwischen Land, Agrarindustrie und Menschenrechten. BASE-IS hat bäuerliche und lokale Organisationen bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen zum Verbot des Einsatzes von Agrochemikalien begleitet und sie bei der Einreichung von Verwaltungsklagen im Zusammenhang mit der Kontrolle der Anwendung von Agrochemikalien unterstützt.

[Fundación Tierra \(Bolivien\)](#)

Die Fundación TIERRA ist eine 1991 gegründete bolivianische NGO. TIERRA begleitet indigene und bäuerliche Bevölkerungsgruppen in ihrem Kampf für eine nachhaltige ländliche Entwicklung. Seit mehreren Jahren untersucht Fundación TIERRA die Dynamik der Agrarindustrie und ihre Auswirkungen auf den Zugang zu und die Nutzung von Land für indigene, native und bäuerliche Gemeinschaften in Bolivien. Die Arbeitsmethode von TIERRA besteht darin, ein breites Netzwerk von Forscher*innen im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Förderer*innen der ländlichen Entwicklung, Vermittler*innen in den Gemeinden, Aktivist*innen und Gemeindeleiter*innen aufzubauen. TIERRA stärkt die Management-, Verhandlungs- und Partizipationskapazitäten indigener, einheimischer und bäuerlicher Organisationen.

Misereor:

Misereor ist das katholische Hilfswerk der deutschen Bischöfe für Entwicklungszusammenarbeit. Seit über 60 Jahren engagiert sich Misereor für die Armutsbekämpfung in Afrika, Asien und Lateinamerika. Misereor hat Berichte über Saatgut und Pestizide in Lateinamerika unterstützt und veröffentlicht.

Die Rolle des ECCHR

Das ECCHR unterstützt die lokalen Organisationen und Gemeinschaften in ihrem Kampf für die Anerkennung ihrer Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf eine gesunde Umwelt. Das ECCHR reicht die Beschwerde bei der Nationalen Kontaktstelle in Deutschland mit ein, um eine Änderung der Unternehmenspolitik der Bayer AG zu bewirken.

9. Warum fällt die Verantwortung von Bayer nicht unter das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG), und warum sollte sie mit abgedeckt werden?

Die Beschwerde stützt sich auf das Versäumnis von Bayer, gegen Menschenrechts- und Umweltverletzungen in seinen nachgelagerten Geschäftsbereichen vorzugehen. Diese Art von Tätigkeiten, zu denen Handlungen oder Unterlassungen bei der Produktgestaltung, dem Vertrieb oder der Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen gehören, fallen nach der derzeitigen Auslegung der deutschen Aufsichtsbehörde, dem Bundesamt für Ausfuhrkontrolle (BAFA), nicht unter das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG).

Deutsche Unternehmen sollten jedoch die OECD-Leitsätze und die Leitlinien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte einhalten, die beide eine nachgelagerte Sorgfaltsprüfung vorsehen. In der Beschwerde wird hervorgehoben,

dass die Grundsätze und Verfahren von Bayer für die menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflicht bei seinen nachgelagerten Aktivitäten im Bereich von gentechnisch verändertem Soja und Pestiziden unzureichend sind. Folglich argumentiert die Beschwerde, dass das Unternehmen zu den tatsächlichen negativen Auswirkungen auf die Menschenrechte beiträgt. All dies verstößt gegen die Vorschriften der OECD-Leitsätze, auch wenn es nicht in den Anwendungsbereich des deutschen LkSG fällt.

Stand: Mai 2024

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) e.V.

www.ecchr.eu